

AMNESTY INTERNATIONAL

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/10/israel-denies-entry-to-amnesty-international-staff-member/>

PRESSEMITTEILUNG



31. Oktober 2017, 17:12 UTC

ISRAEL:

Israel verweigert Amnesty-International-Mitarbeiter die Einreise

Wie Amnesty International heute erklärte, ist die Entscheidung Israels, einem Mitarbeiter von Amnesty International USA offenbar in Vergeltung für die Menschenrechtsarbeit der Organisation die Einreise in die besetzte Westbank zu verweigern, ein gefährlicher Hinweis auf die wachsende Intoleranz der israelischen Behörden gegenüber kritischen Stimmen.

Raed Jarrar, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Support für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International USA, wurde gestern am Grenzübergang Allenby/King Hussein zwischen Jordanien und der israelisch besetzten Westbank gestoppt, als er sich auf einer privaten Reise zu seiner Familie in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT / *Occupied Palestinian Territories*) befand, weil sein Vater vor kurzem verstorben war. Bevor man ihm die Einreise verweigerte und ihn nach Jordanien zurückschickte, wurde er von israelischen Beamten über den Grund seines Besuchs, über seine Familie in den OPT, über seine Arbeit bei Amnesty International und insbesondere über die Verurteilung der israelischen Siedlungen in der Westbank und [die diesbezügliche Arbeit](#) der Organisation befragt. Amnesty International wird die israelischen Behörden um eine offizielle Stellungnahme zu den Gründen für die Verweigerung der Einreise von Raed Jarrar ersuchen.

„Die Tatsache, dass Raed Jarrar die Einreise verboten wurde, nachdem man ihn zu seiner Arbeit bei Amnesty International befragte hatte, scheint darauf hinzudeuten, dass man diesen Schritt in Vergeltung für die Arbeit der Organisation zu Menschenrechtsverletzungen in den OPT unternommen hat“, sagte Philip Luther, Leiter der Abteilung Recherche und Support für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International.

„Dies mutet wie ein weiteres unheilvolles Signal für die Entschlossenheit der israelischen Behörden an, all jene Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten zum Schweigen zu bringen, die der israelischen Regierung kritisch gegenüber stehen, und widerspricht den wiederholten Behauptungen der Regierung, dass Israel ein toleranter Staat sei, der die Menschenrechte respektiere.“

Raed Jarrar war gemeinsam mit Alli McCracken, einer Nordamerika-Aktivistin bei Amnesty International, unterwegs gewesen. Auch sie wurde zu ihren früheren Besuchen im Westjordanland befragt. Ihr wurde die Einreise zwar nicht verweigert, Alli McCracken entschloss sich aber, ohne Raed Jarrar auch nicht einzureisen.

Bei seiner Befragung wurde Raed Jarrar aufgefordert, Amnestys Arbeit und die Art seiner eigenen Rolle innerhalb der Organisation zu erklären. An einer Stelle fragten ihn die Beamten: *„Warum hat Amnesty International mit Israel ein Problem?“* Als Raed Jarrar darauf antwortete, dass er von keinem Problem wüsste, wiesen die Beamten ihn auf die Arbeit der Organisation zu den "Westbank-Siedlungen" hin – offenbar ein Hinweis auf Amnestys [aktuelle Kampagne, bei der die Staaten aufgefordert werden, ein Importverbot für Produkte aus israelischen Siedlungen in ihre Märkte zu verhängen](#). Wie die Beamten später auch erwähnten, hatten sie auf der Webseite von Amnesty International von der Arbeit der Organisation zum Thema Siedlungen gelesen. Raed Jarrar wurde auch aufgefordert, den Beamten Namen von Mitarbeitern der israelischen Sektion von Amnesty International in Tel Aviv und der Zweigstelle des Internationalen Sekretariats in Jerusalem zu nennen.

Nach der Befragung wurde Raed Jarrar ein Dokument ausgehändigt, das bestätigte, dass ihm die Einreise nach Israels Gesetz über die Einreise nach Israel verweigert wurde. Als Gründe wurden Bedenken hinsichtlich der "öffentlichen Sicherheit" oder der "öffentlichen Ordnung" und die "Verhinderung illegaler Einwanderung" herangezogen. Als Raed Jarrar um Erläuterung bat, hieß es, dass die Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf ihn zuträfen. Die Beamten führten dies jedoch nicht weiter aus.

„Es wäre ein eklatanter Angriff auf die freie Meinungsäußerung, wenn Menschenrechtsanwälte die Einreise verweigert wird, weil sie für eine Organisation arbeiten, die Menschenrechtsverletzungen durch Israel kritisiert hat“, sagte Philip Luther.

Israelische Medienberichte aus dem letzten Monat lassen vermuten, dass das israelische Finanzministerium [plant, anhand des kontroversen Anti-Boycott-Gesetzes von 2011 Maßnahmen gegen Amnesty International zu ergreifen](#). Auch hierzu hat die Organisation die israelischen Behörden um Aufklärung ersucht, bisher aber noch keine offizielle Stellungnahme erhalten.

Amnesty Internationals Kampagne fordert Staaten weltweit auf, Israels missbräuchliche und widerrechtliche Siedlungspolitik nicht weiter mitzufinanzieren, indem sie dafür sorgen, dass israelische Siedlungsprodukte nicht auf ihre Märkte gelangen und heimische Firmen keine Geschäftstätigkeiten innerhalb von Siedlungen unterhalten. Es gibt einen internationalen Konsens darüber, dass israelische Siedlungen in den Besetzten Palästinensischen Gebieten illegal sind und gegen das Internationale Völkerrecht verstoßen. Außerdem tragen sie zur Beförderung massenhafter Menschenrechtsverletzungen an Palästinenser/innen bei. Der Aufruf von Amnesty International beruht auf der internationalen völkerrechtlichen Verpflichtung der Staaten, eine rechtswidrige Situation, wie sie durch israelische Siedlungen geschaffen wird, weder als legal anzuerkennen, noch ihr in irgendeiner Weise behilflich zu sein.

HINTERGRUND

Bevor er Mitglied bei Amnesty International wurde, hatte Raed Jarrar den Staat Israel und die OPT vier Mal besucht, ohne dass ihm die Einreise verweigert worden wäre. Alli McCracken war schon sechs Mal in der Westbank und hatte an Solidaritätsveranstaltungen wie der jährlichen Olivenernte teilgenommen.

Laut Israels "Anti-Boycott-Gesetz" aus dem Jahr 2011 ist es israelischen Bürgern oder Institutionen nicht erlaubt, in Reaktion auf Israels Besatzung oder seinen illegalen Siedlungsbau in den OPT zu einem Boykott gegen israelische Einrichtungen oder Firmen aufzurufen, und die geänderte Version des Gesetzes über die Einreise nach Israel, die im März 2017 verabschiedet wurde, verweigert jedem die Einreise nach Israel oder in die OPT, der einen Boykott entsprechend der Definition des "Anti-Boycott-Gesetzes" unterstützt oder dazu aufruft. Beide Gesetze laufen den Verpflichtungen Israels zuwider, die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Nicht-Diskriminierung aufgrund einer politischen Meinung. aufrechtzuerhalten.

Amnesty International bezieht keine Stellung zu Boykotten; die Organisation unterstützt aber das Recht, Boykotte zu befürworten und dafür einzutreten, als eine Form der Unterstützungsarbeit, die durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt ist.

/ ENDE